

PETITION

Setzen Sie sich für Religionsfreiheit ein!

Schützen Sie das Recht auf Glauben: ein globaler Aufruf zur Religionsfreiheit

Adressiert an:

Den Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres/ Den Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Volker Türk/ Die Generalversammlung der Vereinten Nationen/Den Präsidenten des Europäischen Rates, António Costa

Politische Führer demokratischer Regierungen

Botschafter und diplomatische Vertreter

„Wir, die Unterzeichner, erheben unsere Stimme, um den wirksamen Schutz und die konsequente Förderung des Grundrechts auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit weltweit zu fordern, wie es in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 festgeschrieben ist:

„Jeder Mensch hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht umfasst die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Kulthandlungen zu bekennen.“

*Doch noch immer wird dieses fundamentale Menschenrecht in zahlreichen Ländern **massiv verletzt**.*

Laut dem von ACN erstellten Bericht „Religionsfreiheit weltweit 2025“ leben heute rund 5,2 Milliarden Menschen – fast zwei Drittel der Weltbevölkerung – in 60 Staaten, in denen Verfolgung, Unterdrückung oder Diskriminierung durch staatliche und/oder nicht staatliche Akteure herrscht.

Gläubige nahezu aller Religionsgemeinschaften, darunter Buddhisten, Christen, Hindus, Juden und Muslime¹, sind betroffen. Diskriminierung (nicht ausschließlich, aber vor allem am Arbeitsplatz oder in der Schule), körperliche Gewalt, willkürliche Verhaftungen, Entführungen,

¹ Auflistung der Religionsgruppen in alphabetischer Reihenfolge.

sexueller Missbrauch bis hin zu Mord sind Realität – einzig deshalb, weil Menschen ihren Glauben leben wollen.

Diese schwere Menschenrechtskrise darf nicht länger ignoriert werden.

*Im Namen der Menschenwürde **fordern wir daher alle Staaten dazu auf**, Artikel 18 uneingeschränkt umzusetzen. Konkret heißt das:*

1. Internationale Institutionen und demokratische Regierungen sollen:

- jede Form religiöser Verfolgung öffentlich verurteilen,*
- die Religionsfreiheit zu einer Priorität ihrer Außenpolitik und der diplomatischen Beziehungen machen,*
- wirksame Maßnahmen gegen Regime ergreifen, die dieses Grundrecht wiederholt verletzen,*
- konkrete Schritte unternehmen, darunter Bildungs- und Rechtsinitiativen, um Verstöße zu verhindern, den wirksamen Schutz dieses Rechts zu gewährleisten und die sozioökonomische Entwicklung religiöser Minderheiten zu fördern.*

2. Gefährdete Religionsgemeinschaften müssen Schutz erhalten, besonders in Regionen, die von sektiererischer Gewalt oder religiösem Extremismus betroffen sind. Ziel ist es, Zwangsmigration zu verhindern und es den Gemeinschaften so zu ermöglichen, in den Häusern und dem Land ihrer Vorfahren zu bleiben.

3. Einzelpersonen und Gruppen, die religiöser Verfolgung ausgesetzt sind, sollen die dringend benötigte Notfallversorgung und Rechtshilfe erhalten.“

Denn Religionsfreiheit ist kein Privileg. Sie ist ein Menschenrecht!